Der Irankrieg und die Sicherung amerikanischer Vormachtstellung

Eine Kritik der strategischen Ziele und Maßstäbe der amerikanischen Kriegsdebatte

Analyse für Dr. Klaus Retzlaff · Fassung 2.1 · 12. Oktober 2026

1 Kriegsbegrenzung im Dienst der Großmachtkonkurrenz

Am 16. März 2026 veröffentlichten Joe Costa und Ely Ratner in der US-amerikanischen Tageszeitung The Washington Post den Meinungsbeitrag „The Iran war is eroding America's China deterrent". Darin fordern sie, militärische Kräfte für die Konkurrenz mit China zu schonen. [1]

Der politische Maßstab dieser Rechnung ist die amerikanische Handlungsfähigkeit. An ihm erhält die Begrenzung eines Krieges ihren strategischen Nutzen. Für die Menschen, die unter Krieg und Zerstörung leiden, stellt sich eine andere Frage: Welche Politik beendet die Gewalt und schafft verlässliche Lebensbedingungen? Beide Fragen können zu derselben unmittelbaren Forderung führen. Ihre Zwecke bleiben verschieden. Wer diese Verschiedenheit verwischt, gibt die Erhaltung einer Großmachtstellung als allgemeines Friedensinteresse aus.

Die hier entwickelte Kritik richtet sich auf diese Zwecksetzung. Sobald die Verfügbarkeit militärischer Mittel gegenüber einem Rivalen zum entscheidenden Maßstab wird, ordnet sich die Bewertung regionaler Konflikte der globalen Konkurrenz unter. Die Bevölkerung eines Kriegsschauplatzes verfügt über diesen Maßstab nicht. Ihre Verluste können fortbestehen, während Strategen über die zweckmäßigere Verteilung von Kräften entscheiden. Eine Begrenzung der eigenen Kriegsbelastung kann so der Vorbereitung anderer militärischer Auseinandersetzungen dienen.

Der hegemoniale Gehalt liegt in dem Anspruch, die Bedingungen internationaler Politik aus einer überlegenen eigenen Stellung heraus zu bestimmen. Militärische Eingriffsmöglichkeiten, Zugang zu strategischen Räumen und die Begrenzung konkurrierender Mächte bilden dabei zusammenhängende Instrumente. Hegemonie lässt sich gerade an dieser Verfügungsmacht untersuchen. Eine Analyse, die dafür erst die vollständige Unterwerfung anderer Länder nachgewiesen sehen will, setzt die Beweisschwelle am falschen Gegenstand an.

Die folgenden Abschnitte prüfen den politischen Maßstab anhand amerikanischer Primärquellen. Die amtlichen Strategien von 2025 und Januar 2026 sowie Wess Mitchells Studie von 2024 dokumentieren die Ziele, in deren Umfeld die Debatte steht. Sie sind jeweils als Regierungsstrategie oder Autorenempfehlung ausgewiesen. Bezugspunkt bleibt die Argumentation vom März 2026.

2 Die Autoren vertreten einen bestimmten strategischen Standort

Joe Costa leitet Forward Defense beim Atlantic Council. Zuvor war er im Pentagon als Deputy Assistant Secretary of Defense for Plans and Posture für die zivile Beratung zur operativen Kriegsplanung und zur Stationierung amerikanischer Streitkräfte im Ausland zuständig. Ely Ratner ist Principal der Marathon Initiative und war von 2021 bis 2025 Assistant Secretary of Defense for Indo-Pacific Security Affairs. Er leitete außerdem die China Task Force des Pentagon. [2, 3]

Diese Laufbahnen erklären die fachliche Nähe der Autoren zu den Problemen amerikanischer Machtprojektion. Sie erklären zugleich, von welchem Standpunkt aus militärische Engpässe als politisches Problem erscheinen. Die Fähigkeit, einen Auftrag militärisch zu beurteilen, verleiht dem Auftrag selbst keine übergeordnete Gültigkeit. Genau diese Trennung muss eine kritische Lektüre aufrechterhalten. Expertise über die Durchführung einer Strategie ersetzt die Prüfung ihrer Zwecke nicht.

Forward Defense nennt die Stärkung amerikanischer Militärmacht und die Verbindung von Regierung, Industrie und Militär als Aufgaben. Die Marathon Initiative entwickelt Strategien für amerikanische Großmachtkonkurrenz unter begrenzten Mitteln. Sie kennzeichnet die Positionen ihrer Autoren als eigenständig. [4, 5] Der untersuchte Zeitungsbeitrag ist deshalb eine Intervention zweier Strategen in die öffentliche Debatte; die amtlichen Quellen sind gesondert heranzuziehen.

Die Verbindung von Regierungsapparat, Denkfabriken und öffentlicher Kommunikation besitzt eine konkrete politische Wirkung. Sie führt Erfahrungen aus Planung und Militärverwaltung in die gesellschaftliche Diskussion ein. Zugleich verschafft sie der Frage nach effizienter Machtausübung institutionelle Autorität. Die Öffentlichkeit soll beurteilen, ob eine Strategie funktioniert. Sie muss ebenso beurteilen können, wem sie dient, welche Ansprüche sie durchsetzt und wer ihre Kosten trägt.

3 Materielle Grenzen beweisen die Notwendigkeit der Aufträge nicht

Die Bereitschaftsprobleme sind real. Der amerikanische Rechnungshof GAO stellte am 4. März 2026 einen über zwei Jahrzehnte entstandenen Rückgang militärischer Einsatzbereitschaft fest und verwies auf mehr als 150 noch umzusetzende Empfehlungen. Das belegt strukturelle Probleme. Der zusätzliche Effekt einer bestimmten laufenden Operation wird damit nicht beziffert. [6]

Das Congressional Budget Office untersuchte Wartungsereignisse von Zerstörern und amphibischen Schiffen zwischen 2010 und 2024. Für Zerstörer der Klasse DDG-51 prognostizierte es durchschnittlich 27 Prozent der geplanten Dienstzeit in Werftwartung, mehr als doppelt so viel wie in den ursprünglichen Klassenplänen. Diese Lebensdauerprojektion beschreibt ein langfristiges Verfügbarkeitsproblem, keine durch den Irankrieg verursachte Ausfallquote. [7]

Aus solchen Befunden folgt, dass militärische Macht an materielle Voraussetzungen gebunden bleibt. Geld ersetzt weder ausgebildete Besatzungen noch Werftzeiten, Ersatzteile und Produktionskapazitäten. Vorhandene Waffen sind nur dann nutzbar, wenn die gesamte Kette ihrer Bereitstellung funktioniert. Eine Großmacht kann gleichzeitig über einen enormen militärischen Bestand und über zu wenige unmittelbar verfügbare Kräfte für ihre selbst gewählten Aufgaben verfügen.

Das Verhältnis zwischen Mitteln und Aufträgen ist der entscheidende Punkt. Ein Defizit entsteht auch dadurch, dass politische Führungen mehr militärische Verpflichtungen eingehen, als dauerhaft zu erfüllen sind. Wer ausschließlich zusätzliche Mittel verlangt, behandelt den Umfang dieser Verpflichtungen als unveränderlich. Damit wird eine politische Entscheidung in einen scheinbaren Sachzwang verwandelt. Die Frage, welche Aufträge aufgegeben werden sollten, gehört gleichberechtigt in die Prüfung.

Auch der Ressourcentransfer zwischen Regionen muss konkret nachgewiesen werden. Entscheidend sind die jeweils benötigten Fähigkeiten, ihre Austauschbarkeit, Reserven und Ersatzzeiten. Ein Engpass begründet keine pauschale Schlussfolgerung über den Ausgang eines möglichen Krieges. Die materielle Diagnose kann zutreffen, während die politische Antwort einer erneuten Prüfung bedarf. Weder ein Munitionsmangel noch ein Wartungsrückstand begründet aus sich heraus den Anspruch auf weltweite militärische Verfügbarkeit.

4 Die amerikanische Vormachtstellung ist ein erklärtes Ziel

Die Nationale Sicherheitsstrategie von 2025 formuliert die dauerhafte Stellung der USA als stärkstes und mächtigstes Land ausdrücklich als Ziel. Sie weist zugleich die dauerhafte Beherrschung der gesamten Welt zurück. [9, gedruckte S. 1, 7, 10] Diese Verbindung beschreibt eine Auswahl der Mittel und Reichweiten amerikanischer Machtpolitik. Der Vorranganspruch bleibt bestehen; seine Kosten sollen tragbar werden.

Die Nationale Verteidigungsstrategie von Januar 2026 verlangt ein für die USA günstiges Machtgleichgewicht im Indopazifik. Sie verbindet militärische Stärke mit günstigen Verhandlungsbedingungen, erklärt Deeskalation zum Ziel und weist die Beherrschung Chinas zurück. Gleichzeitig soll die Fähigkeit zu vernichtenden Schlägen gegen Ziele überall auf der Welt erhalten bleiben. [8, gedruckte S. 10, 18]

Damit ist die politische Asymmetrie benannt. Washington soll seine Interessen durch eine globale militärische Reichweite absichern und aus dieser Stellung verhandeln können. Die Friedenszusage ändert an dieser vorgesehenen Machtverteilung nichts. Eine belastbare Beurteilung muss beides zusammen lesen: den angekündigten friedlichen Zustand und die Machtmittel, mit denen seine Bedingungen bestimmt werden sollen.

Die Zurückweisung vollständiger Beherrschung widerlegt den hegemonialen Charakter dieses Anspruchs nicht. Zwischen der Anerkennung eines anderen Staates und der Anerkennung gleichberechtigter Gestaltungsmacht liegt ein erheblicher Unterschied. Ein Konkurrent kann als Staat fortbestehen und Handel treiben, während eine von außen organisierte Machtkonstellation seine strategischen Möglichkeiten begrenzen soll. Genau auf diese Verteilung von Möglichkeiten richtet sich die Kritik.

Der Verlust eines Einflussvorteils ist außerdem etwas anderes als eine Gefahr für das Leben der eigenen Bevölkerung. Wenn beides unter nationaler Sicherheit zusammengefasst wird, erhalten auch privilegierte Zugänge und Eingriffsmöglichkeiten den Rang existenzieller Schutzgüter. Dann wird schwerer diskutierbar, auf welche Vorteile ein Staat zugunsten eines friedlichen Ausgleichs verzichten könnte. Die politisch entscheidende Frage lautet, welche konkrete Gefahr welche konkrete Machtposition tatsächlich erforderlich macht.

5 Der Maßstab entscheidet über das Ergebnis der Rechnung

In einer machtstrategischen Rechnung ist eine Maßnahme erfolgreich, wenn sie die eigene Stellung gegenüber einem Rivalen verbessert und die eingesetzten Mittel rechtfertigt. In einer auf die Lebensinteressen der Bevölkerung gerichteten Rechnung zählen verhinderte Tote, gesicherte Versorgung, politische Selbstbestimmung und ein dauerhaft geringeres Kriegsrisiko. Der Unterschied betrifft die Auswahl dessen, was überhaupt als Erfolg gelten soll.

Die Prüfung militärischer Verfügbarkeit fragt nach einsatzfähigen Kräften. Die politische Prüfung fragt nach dem Zweck ihres Einsatzes. Die Prüfung von Abschreckung fragt, ob der Gegner von einer Handlung abgehalten wird. Die politische Prüfung fragt zusätzlich, welche Handlung verhindert werden soll und ob die eingesetzten Drohungen neue Eskalationsanreize schaffen. Die Bündnisrechnung fragt nach Beiträgen der Partner. Die gesellschaftliche Prüfung fragt, wie sich Entscheidungsgewalt, Belastungen und Risiken verteilen.

Besonders deutlich wird die Verengung bei den Opportunitätskosten. Gemeint ist der Nutzen von Möglichkeiten, auf die wegen einer Entscheidung verzichtet wird. Wer ausschließlich militärische Alternativen vergleicht, stellt etwa die Bindung einer Fähigkeit in einer Region ihrer Verwendung in einer

anderen gegenüber. Eine solche Rechnung lässt zivile Alternativen aus ihrem Vergleich heraus. Die Entscheidung über den Vergleichsrahmen ist bereits eine politische Auswahl.

Die Begrenztheit von Arbeit, Produktionskapazität und öffentlichen Mitteln betrifft auch Krankenhäuser, Schulen, Energieversorgung und Infrastruktur. Ihr Ausbau kann die Lebensbedingungen unmittelbar verbessern, während zusätzliche militärische Kapazitäten zunächst eine staatliche Handlungsoption schaffen. Welche Ausgaben im Einzelnen verdrängt werden, hängt von Haushalts- und Finanzierungsentscheidungen ab. Der reale Konflikt um verfügbare Ressourcen besteht unabhängig davon, ob ein Haushaltsposten unmittelbar gegen einen anderen gekürzt wird.

Eine einfache Gegenprobe legt die Grenze des strategischen Maßstabs offen. Ein militärischer Einsatz könnte den Einfluss eines Staates zu geringen eigenen Kosten vergrößern und zugleich schwere Schäden für andere Gesellschaften verursachen. Die günstige Machtbilanz würde diese Schäden nicht aufheben. Wer einen Krieg wegen seiner Kosten für eine Großmacht kritisiert, hat damit die Interessen seiner Opfer noch nicht zum entscheidenden Maßstab gemacht.

6 Wie der Begriff Sicherheit die Machtordnung legitimiert

Der Ausdruck Sicherheit gewinnt seinen politischen Inhalt erst durch die Bestimmung dessen, was geschützt werden soll. Er kann den Schutz vor einem Angriff bezeichnen. Er kann auch die ungestörte Ausübung einer bestehenden Machtposition meinen. Werden diese Bedeutungen gleichgesetzt, erscheint die Sicherung der eigenen Vorrangstellung als selbstverständliche Voraussetzung des Friedens. Die Interessen anderer zählen dann vor allem danach, ob sie sich in diese Ordnung einfügen.

Die Sicherheitsstrategie von 2025 bewertet Taiwan ausdrücklich nach seiner strategischen Lage und seiner Bedeutung für die Halbleiterproduktion. Militärische Überlegenheit wird als bevorzugte Grundlage der Abschreckung genannt. [9, gedruckte S. 23–24] Hier werden die Interessen sichtbar, die eine rein moralische Begründung aus dem Blick rückt: Geografie, Produktionsmacht und das Verhältnis militärischer Kräfte.

Die Menschen auf Taiwan besitzen eigene politische Interessen. Ihre Sicherheit wird analytisch verkürzt, wenn sie allein als Voraussetzung einer günstigen Großmachtposition erscheint. Eine Schutzmacht kann tatsächlichen Schutz bieten und zugleich Einfluss über die Schutzbedürftigen gewinnen. Gerade deshalb sind die Zwecke auseinanderzulegen. Der mögliche Schutzgewinn beantwortet die Frage nach Abhängigkeit und fremder Verfügungsmacht nicht.

Dasselbe gilt für den Status quo. Er besteht aus konkreten Zugängen, Stationierungen, wirtschaftlichen Vorteilen und politischen Abhängigkeiten. Seine Verteidigung bewahrt diese Verteilung. Wer eine Veränderung als Bedrohung bezeichnet, muss deshalb erklären, welcher Teil des Bestehenden bedroht wird. Die Gleichsetzung jeder Begrenzung amerikanischer Einflussmöglichkeiten mit einer Gefährdung des Friedens setzt den zu prüfenden Vorrang bereits als berechtigt voraus.

Die Bekämpfung einer konkurrierenden Vorherrschaft und die Sicherung der eigenen überregionalen Vormachtstellung können zusammenwirken. Washington kann seine globale Stellung gerade dadurch erhalten wollen, dass in den einzelnen Regionen keine starke Gegenmacht entsteht. Diese politische Struktur wird durch den Begriff Machtgleichgewicht allein nicht beschrieben. Zu untersuchen ist, wer das Gleichgewicht organisiert, wer seine Bedingungen festlegt und welche Zugeständnisse ihm selbst zugemutet werden.

7 Iran als Gegenstand einer regionalen Machtordnung

Die US-Sicherheitsstrategie nennt für den Nahen Osten konkrete Interessen: Energieversorgung außerhalb gegnerischer Kontrolle, offene Seewege durch Hormuz und das Rote Meer sowie die Sicherheit Israels. [9, gedruckte S. 28–29] Die Verteidigungsstrategie sieht vor, Israel und die Golfpartner stärker gegen Iran einzubinden und zugleich gezielte amerikanische Eingriffsmöglichkeiten zu erhalten. [8, gedruckte S. 20]

Damit ist eine politische Ordnung mit bevorzugten Partnern und einem zu begrenzenden Gegner bezeichnet. Für ihre Beurteilung reicht es nicht, das amerikanische Interesse an offenen Handelswegen zu wiederholen. Handelssicherheit ist von der Frage zu unterscheiden, wer die militärischen Bedingungen des regionalen Verkehrs kontrolliert und wer über die zulässigen Handlungsmöglichkeiten anderer Staaten entscheidet. Gemeinsamer wirtschaftlicher Nutzen und ungleiche Verfügungsmacht können gleichzeitig vorliegen.

Ein selbstständiger iranischer Machtanspruch gerät in einer solchen Ordnung mit den Interessen der USA und ihrer Partner in Konflikt. Diese Feststellung beschreibt zunächst ein Verhältnis von Machtansprüchen. Sie verleiht keiner Seite einen Anspruch auf die Unterordnung der anderen. Eine tragfähige regionale Ordnung muss die Sicherheit der Bevölkerungen und die wechselseitige Begrenzung militärischer Gewalt zum Gegenstand von Vereinbarungen machen.

Für die iranische Bevölkerung ist entscheidend, ob Gewalt endet, Versorgung gesichert wird und politische Gestaltung möglich bleibt. Die Schonung amerikanischer Kapazitäten beantwortet diese Fragen nicht. Ebenso wenig lässt sich ein militärischer Erfolg daran messen, dass nach ihm genügend Kräfte für einen anderen Schauplatz übrig bleiben. Eine solche Bewertung behandelt die Folgen für die betroffene Gesellschaft als nachgeordnete Größe.

Die Kritik an diesem Maßstab braucht keine idealisierte Darstellung der iranischen Führung. Sie verlangt, die Lebensinteressen einer Bevölkerung von den Machtinteressen sowohl der eigenen Staatsführung als auch auswärtiger Mächte zu unterscheiden. Die Menschen eines Landes sind weder identisch mit seiner Regierung noch verfügbares Material fremder Sicherheitsstrategien.

8 Die Marathon Initiative und die zeitliche Ordnung von Konflikten

Wess Mitchells Studie Strategic Sequencing Revisited von 2024 legt das zugrunde liegende Problem offen: Die USA sollen ihre Konkurrenz zeitlich staffeln, um eine Überforderung durch mehrere Gegner zu vermeiden. Russland soll mit Hilfe der Ukraine geschwächt werden; eine stärkere europäische Rolle soll die Konzentration auf China erleichtern. Mitchell verbindet dies mit Diplomatie und industrieller Mobilisierung. [10, gedruckte S. 1–3, 9–13]

Die Studie fordert ausdrücklich, laufende Stellvertreterkriege für den Ausbau der eigenen Kriegführungsfähigkeit zu nutzen. Der erwartete Gewinn ist eine bessere Ausgangsposition gegenüber China. [10, gedruckte S. 13] Die politische Bedeutung dieser Empfehlung besteht darin, dass der Krieg einer Gesellschaft in die langfristige Machtplanung einer anderen eingeht. Das Leiden vor Ort und der strategische Ertrag für die unterstützende Macht können in entgegengesetzte Richtungen weisen.

Die eigenen Motive der unmittelbar Beteiligten beseitigen diese Instrumentalisierung nicht. Gerade ein aus eigenen Gründen entschlossener Akteur kann für eine äußere Macht strategisch nützlich werden. Unterstützung, ihre Bedingungen und ihr Umfang beeinflussen seine Handlungsmöglichkeiten. Wer ausschließlich den erklärten Zweck des unterstützten Landes nennt, lässt den eigenständigen Nutzen der Unterstützung für die größere Macht verschwinden.

Für die Iran-Debatte ergibt sich daraus eine konkrete politische Unterscheidung. Das Ende einer Kräftebindung kann Frieden ermöglichen; es kann ebenso die Fähigkeit zur Durchsetzung anderer Machtziele vergrößern. Der internationale Gesamtzweck entscheidet darüber, welche Art von Zurückhaltung vorliegt. Eine Verringerung amerikanischer Belastungen allein ist noch kein Übergang zu gemeinsamer Sicherheit.

Die Grenze dieser Planung liegt in den eigenständigen Entscheidungen aller Beteiligten. Gegner, Verbündete und lokale Akteure handeln nach ihren eigenen Interessen. Sie können den vorgesehenen Zeitplan durchkreuzen und neue Bindungen erzeugen. Damit tritt ein Widerspruch hegemonialer Strategie hervor: Sie beansprucht überregionale Gestaltungsmacht, verfügt aber über keine entsprechende Kontrolle sämtlicher Folgen ihres Handelns.

9 Die Verbündeten sollen die amerikanische Entlastung ermöglichen

Die Nationale Verteidigungsstrategie von 2026 verlangt mehr Hauptverantwortung der Verbündeten in Europa und im Nahen Osten bei begrenzterer amerikanischer Unterstützung. Für Europa schließt dies die führende Rolle bei der Unterstützung der Ukraine ein. [8, gedruckte S. 11, 19–20] Der amerikanische Zweck ist eine veränderte Verteilung knapper Mittel nach amerikanischen Prioritäten.

Wer diese Verschiebung ausschließlich als Übernahme von Verantwortung beschreibt, lässt ihren machtpolitischen Zusammenhang weg. Größere Beiträge eines Partners können die Handlungsfreiheit der Führungsmacht erweitern. Sie vergrößern nicht automatisch die politische Selbstständigkeit des Partners. Dafür ist entscheidend, wer die Ziele bestimmt, welche Verpflichtungen eingegangen werden und ob eine abweichende Politik praktisch möglich bleibt.

Verbündete können dieselbe Arbeitsteilung aus eigenen Interessen unterstützen. Auch dann bleibt zu prüfen, ob ihre Bevölkerungen über Kosten, Alternativen und die Zwecke der anderen Beteiligten aufgeklärt werden. Zustimmung zu einer Verteidigungsaufgabe darf nicht stillschweigend als Zustimmung zur globalen Konkurrenzstrategie einer anderen Macht behandelt werden. Der nationale oder regionale Schutzauftrag und die Entlastung Washingtons müssen getrennt begründet werden.

Die wirtschaftliche Seite dieser Ordnung reicht über Militärausgaben hinaus. Rüstungsproduktion, technologische Abhängigkeiten und die Ausrichtung industrieller Kapazitäten binden künftige Entscheidungen. Unternehmen können von Aufträgen profitieren, während die Gesellschaft langfristige Finanzierungslasten und Eskalationsrisiken trägt. Die Formel des gemeinsamen Interesses verdeckt diese Verteilung, sobald sie die verschiedenen Nutznießer, Kostenträger und Entscheidungsträger zu einem einzigen politischen Subjekt zusammenfasst.

10 Die Beweislast liegt bei den Vertretern der Strategie

Die Behauptung, militärische Überlegenheit verhindere Krieg, ist eine überprüfbare Behauptung. Das Ausbleiben eines Angriffs beweist sie nicht schon für sich. Fehlende Angriffsabsicht, politische Vereinbarungen, eigene Verwundbarkeit und wirtschaftliche Kosten können dasselbe Ergebnis erklären. Wer weitere Aufrüstung verlangt, muss darlegen, welche konkrete Gefahr dadurch geringer wird und welche Gegenreaktionen zu erwarten sind.

Umgekehrt können militärische Fähigkeiten tatsächlich vor Gewalt schützen. Entscheidend ist der Nachweis im jeweiligen Konflikt. Das Wort Abschreckung ersetzt ihn nicht. Besonders problematisch wird die Begründung, wenn gegnerische Aufrüstung stets die eigene bestätigt und die eigene Aufrüstung

grundsätzlich als stabilisierend gilt. Eine solche Argumentation entzieht den eigenen Beitrag zur Eskalation der Prüfung.

Dieser Maßstab gilt auch für China. Das chinesische Weißbuch von 2022 beansprucht die Vereinigung mit Taiwan und behält sich Gewalt vor. [11] Damit ist ein eigener Anspruch auf die Bestimmung eines politischen Endzustands dokumentiert. Eine Kritik amerikanischer Vormachtpolitik darf diesen Anspruch nicht an die Stelle der Interessen der betroffenen Bevölkerung setzen. Gleiche Prüfkriterien bedeuten, die Machtansprüche jedes Akteurs an seinen konkreten Zielen und Handlungen zu untersuchen.

Für die Ressourcenfrage sind Bestände, Verbrauch, Ersatzzeiten und konkrete Einsatzszenarien erforderlich. Für die politische Frage sind ein erreichbarer Endzustand, eine Bilanz der Folgen und tatsächlich geprüfte Verhandlungsalternativen erforderlich. Wer weitere Belastungen und Gefahren rechtfertigt, trägt dafür die Beweislast. Die Öffentlichkeit muss nicht zuerst nachweisen, dass jede denkbare Sicherheitswirkung ausgeschlossen ist, bevor sie eine Strategie infrage stellen darf.

Die Dokumentation amerikanischer Vorrangziele steht bereits fest. Offen bleibt, wie einzelne Maßnahmen auf das Verhalten anderer wirken und unter welchen Bedingungen sich Konflikte entschärfen lassen. Diese offenen Wirkungsfragen dürfen nicht dazu benutzt werden, ausdrücklich formulierte Ziele wieder in bloße Vermutungen zurückzuverwandeln. Quellenkritik verlangt, zwischen dem belegten Zweck, seiner Rechtfertigung und seinem tatsächlichen Erfolg zu unterscheiden.

11 Frieden verlangt einen anderen politischen Maßstab

Die Begrenzung militärischer Überdehnung kann die Fortsetzung einer Vormachtpolitik ermöglichen. Wer Kräfte schont, gewinnt Handlungsspielraum. Welchen Gebrauch er davon macht, entscheidet darüber, ob die Entlastung den Frieden festigt oder weitere Konfrontation vorbereitet. Deshalb muss die Kritik an einem einzelnen Krieg bis zur Prüfung der übergeordneten Ziele reichen.

Eine am Leben der Bevölkerung orientierte Politik muss die Verhinderung weiterer Tötungen, den Schutz ziviler Versorgung und verlässliche gegenseitige Sicherheitsgarantien zum Maßstab machen. Dazu gehören überprüfbare Vereinbarungen über militärische Tätigkeiten, Verfahren zur Vermeidung unbeabsichtigter Eskalation und Verhandlungen über die Interessen aller Betroffenen. Die eigene militärische Freiheit muss dabei ebenso zur Disposition stehen wie die verlangte Begrenzung des Gegners.

Für Iran, China und die Verbündeten der USA stellt sich jeweils die Frage, welche politische Ordnung ohne erzwungene Unterordnung tragfähig ist. Ein ausgehandelter Zustand kann die Handlungsmöglichkeiten aller Seiten begrenzen und gerade dadurch Sicherheit gewinnen. Eine Ordnung, in der nur die Gegenseite auf vorteilhafte Machtmittel verzichten soll, bewahrt dagegen die Asymmetrie als Voraussetzung des Friedensangebots.

Der entscheidende Einwand gegen den machtstrategischen Maßstab lautet deshalb: Die Durchsetzungsfähigkeit einer Großmacht ist kein Ersatz für die Sicherheit der Menschen. Amerikanische Vorrangstellung besitzt keinen Anspruch darauf, als allgemeines Friedensinteresse behandelt zu werden. Eine sachliche Kritik muss die dokumentierten Ziele benennen, die Kosten ihrer Verfolgung offenlegen und ihre Notwendigkeit zur Diskussion stellen.

Quellen und Belegstellen

Stand der Überarbeitung: 12. Oktober 2026. Die Analyse unterscheidet den Ausgangsbeitrag, amtliche Zielsetzungen, Empfehlungen einzelner Strategen und eigene Schlussfolgerungen. Seitenangaben folgen der gedruckten Zählung.

[1] Joe Costa und Ely Ratner. Meinungsbeitrag in der Washington Post vom 16. März 2026. Ausgangstext. Onlinequelle

[2] Atlantic Council. Joe Costa. Institutionelle Biografie und frühere Regierungsfunktionen. Onlinequelle

[3] The Marathon Initiative. Ely Ratner. Institutionelle Biografie und frühere Regierungsfunktionen. Onlinequelle

[4] Atlantic Council. Forward Defense. Selbstdarstellung des Programms und seiner Aufgaben. Onlinequelle

[5] The Marathon Initiative. What We Do. Institutioneller Auftrag und Eigenständigkeit der Autorenpositionen. Onlinequelle

[6] U.S. Government Accountability Office. Military Readiness: DOD Should Take Further Actions to Address Challenges Across the Air, Sea, Ground, and Space Domains. GAO-26-108888, 4. März 2026. Onlinequelle

[7] Congressional Budget Office. Maintenance Delays for Conventional Navy Ships. Dezember 2025. Besonders Summary und Abbildung 2-8. Onlinequelle

[8] U.S. Department of War. National Defense Strategy. Januar 2026. Besonders S. 10–11 und 18–20. Amtliches Dokument; zugängliche Kopie bei CSIS. Onlinequelle

[9] The White House. National Security Strategy of the United States of America. November 2025, veröffentlicht Dezember 2025. Besonders S. 1, 7, 10, 23–24 und 28–29. Onlinequelle

[10] A. Wess Mitchell. Strategic Sequencing Revisited. The Marathon Initiative, Oktober 2024. Besonders S. 1–3, 9–13. Strategieempfehlung des Autors. Onlinequelle

[11] Regierung der Volksrepublik China. China releases white paper on Taiwan question, reunification in new era. 10. August 2022. Veröffentlichung mit Auszügen aus dem Weißbuch. Onlinequelle

Rechtsschutzklausel

Die vorliegende Schrift ist eine politisch-analytische Betrachtung historischer Entwicklungen und historischer Dokumente, die mit Unterstützung einer künstlichen Intelligenz (KI) erstellt wurde. Zugleich handelt es sich ausdrücklich um eine Meinungsäußerung im Sinne von Artikel 5 Grundgesetz sowie um einen Beitrag zur politischen und wissenschaftlichen Debatte. Die Analyse erhebt keinen Anspruch auf Richtigkeit, Vollständigkeit oder Verbindlichkeit; sie ist kein amtliches Dokument und ersetzt keine Rechtsberatung. Sie ist nicht als Aufruf zu Gewalt, nicht als Verunglimpfung von Staaten, Bevölkerungsgruppen oder Personen und nicht als Billigung von Straftaten zu verstehen. Ziel des Textes ist es, bestehende Narrative kritisch zu beleuchten, historische Parallelen aufzuzeigen und die öffentliche Diskussion über geopolitische Entwicklungen zu fördern. Vergleiche, insbesondere historische Vergleiche, sind wissenschaftliche Methode, nicht Gleichsetzung und nicht gleichsetzende Wertung; sie markieren machtdynamische Muster und kennzeichnen Risiken für friedliches Zusammenleben. Alle Angaben beruhen auf zum Zeitpunkt der Erstellung verfügbaren Quellen und subjektiver Meinung. Jede Leserin und jeder Leser ist eingeladen, die dargestellten Argumente kritisch zu prüfen und sich eine eigene Meinung zu bilden. Eine Haftung für Fehler oder Handlungen, die auf Grundlage der Inhalte erfolgen, wird ausgeschlossen.

IMPRESSUM

Dr. Klaus Retzlaff, Böklinger Straße 36, 39444 Hecklingen,

verantwortlicher Autor im Sinne des Presserechts